



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

schweißung mit der Deutschen Volkspartei. Selbstverständlich wird man auf der demnächstigen Tagung der Deutsch-demokratischen Partei (ebenfalls in Nürnberg) das Gesicht wahren. Aber der Zug dahin ist überaus stark. Zwischen dem parlamentarischen Flügel der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei besteht faktisch kein Unterschied. Da die Aufnahme alter Parteigrößen der Demokratischen Partei schon anlässlich der letzten Wahl die Wege geebnet hat, läßt sich der Strom zwischen beiden Bewegungen kaum noch aufhalten: Formaler Demokratismus, Verfassungspolitikertum gegen Sachverständigenführung, Parlamentarismus, Opportunismus, Politik des kleinen Tagesausgleichs, das sind die ausgesprochenen und unausgesprochenen Losungen. Das wäre praktisch die Rettung der Formaldemokratie und — Sprengung der Deutschen Volkspartei.

Und als letzte Warnung wird jeder ernste Politiker innerhalb der Deutschen Volkspartei die Essener Tagung der christlich-nationalen Gewerkschaften empfunden haben. Was der Nürnberger Tagung an politischer Bedeutung ermangelte, hatte diese Essener Tagung fast im Übermaß. Die Rede Stegerwalds war inhaltlich und politisch-taktisch eine Tat, deren Bedeutung für unsere politische Entwicklung nicht leicht überschätzt werden kann. Weniger der Umstand, daß Stegerwald sich einmal wieder zu einer programmatischen Kundgebung aufschwang, als vielmehr die Tatsache, daß die Rede wie die ganze Tagung von langer Hand als neuorientierende vorbereitet worden waren, lassen die Vermutung aufkommen, daß die Initiative zum Handeln im parteipolitischen Umbildungsprozeß von der Deutschen Volkspartei auf die christlichen Gewerkschaften übergegangen ist.

Jedenfalls wird man innerhalb der Deutschen Volkspartei diese Warnungen nicht einfach in den Wind schlagen können. Im Sturm der heutigen Zeiten hält nur der Stand, der auf Horchposten hört und das Gesetz des Handelns nur vom eigenen Willen annimmt.

Eduard Stadler

Weltspiegel

England und Amerika. Wie schon im vorigen Weltspiegel angedeutet, versucht man in Griechenland tatsächlich, die außenpolitische Linie festzuhalten. Wenigstens hat sich Sunaris einem Vertreter der „Times“ gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß sich eine solche Politik jetzt besser denn je durchführen lasse, da die jetzige Regierung sich auf das Vertrauen des Volkes zu stützen in der Lage sei. Seitdem läuft zwischen Athen und Luzern, Athen und London und Paris und London Vorschlag über Vorschlag, Erwägung über Erwägung. England will den Vertrag von Sèvres unberührt wissen. Griechenland aber verlangt für Aufrechterhaltung des Vertrages und Unterstützung der englischen Politik finanzielle Kräftigung, die wieder England ohne Kontrolle nicht gewähren kann oder will. Die Franzosen möchten, abgesehen von ihrem Mißtrauen gegen Konstantin, wieder nicht, daß England allein die griechischen Finanzen kontrolliere, ohne doch andererseits den Griechen den Besitz von Smyrna garantieren zu sollen. Denn das verdrübe wieder die Annäherung an die Anatolier, die man braucht, erstens zur Balancierung des englischen Übergewichts im nahen Orient, zweitens um in Cilicien zur Ruhe zu kommen und hier Geld und Truppen zu sparen. Bekommen aber die Anatolier Smyrna, so brauchen die Griechen wieder keine finanzielle Unterstützung und brauchen auf Frankreichs Wünsche in der Königsfrage keine Rücksicht zu nehmen. Inzwischen scheint sich nach der Fassung der Entente-note an Griechenland, mehr noch nach den Äußerungen Konstantins im „Matin“ zu urteilen, der englische Standpunkt in der griechischen Frage in allem Wesentlichen durchgesetzt zu haben. Die Revision des Vertrages von Sèvres wird verschoben. Die Franzosen werden um ihrer plötzlich erwachten Freundschaft für Mustapha Kemal willen noch manchen harten diplomatischen Strauß auszufechten haben, und es ist möglich, daß einer dieser Waffengänge dem französischen Ministerpräsidenten seine Stellung kostet. Für diesmal hat er sie, trotzdem man mit seinen mehr dekorativen „Erfolgen“ in der griechischen Angelegenheit wenig zufrieden ist, noch gerettet, weil er außer einem Abkommen mit England in Sachen der syrisch-palästinensischen Ab-

grenzung und Zuteilung der oberen Jordanzuflüsse, in dem England (wohl um für die Zukunft die Gegensätze zwischen Syrern und Palästinensern nicht zu groß werden zu lassen) nachgab, einen anderen Erfolg mitbrachte, der gemäß seiner eigenen kürzlich im Senatsauschuß vorgebrachten Äußerung, daß eine kräftige Mittelmeerpolitik das Rückgrat von Frankreichs politischer Orientierung bilden müsse, allerdings nur ein Nebenerfolg wäre: die Alliiertennote über die Ministerreden im Rheinland. Diese Reden haben besonders das Mißfallen Poincarés erregt, der sie in der „Revue des deux Mondes“ als bedrohliche Symptome wachsender deutscher Widersetzlichkeit auffaßte. Wenn der Reichskanzler, so führte er aus, heute, nach den Kautzky'schen Feststellungen, noch die monstreuse Behauptung wage, die deutsche Regierung von 1914 und der Kaiser hätten den Krieg nicht gewollt, so erwecke das nicht nur Überraschung, sondern vor allem müsse man sich fragen, wie die Alliierten, die in Versailles das feierliche schriftliche Eingeständnis der Deutschen erhalten hätten, sich heute derartige unverschämte Unwahrheiten bieten lassen könnten. Wenn Reichsminister Simons den Einwohnern Kölns ankündige, daß die Besetzung ihrer Stadt spätestens am 10. Januar 1925 ablief, so stelle er sich damit in beunruhigenden Gegensatz zu Millerand, der wiederholt versichert habe, der Ausgangspunkt der Okkupationsfrist werde durch die Ausführung des Friedensvertrages bestimmt, wenn er die Stärke der Besatzungstruppen als übertrieben groß hinstelle oder sich über die Anlage von Flugplätzen beschwere, so mache er damit in Wirklichkeit den Versuch, die Bewohner des linken Rheinufers gegen die Alliierten aufzuheizen, wenn er behaupte, daß die französische Industrie Kohlen hamstere und daß Deutschland Frankreich keine Kohlen mehr zu liefern habe, so verdrehe er nicht nur Tatsachen, sondern zerreiße den Friedensvertrag, der Ziffern festsetze, die bei weitem nicht erreicht würden. Absichtlich lasse er unberücksichtigt, daß Deutschland aus dem Spaa-Abkommen insofern Nutzen zöge, als es die von Frankreich für die Ernährung der Ruhrbergarbeiter vorgeschossenen Beträge zu Mandern zur Herabdrückung des Frankenkurses benutze. Wenn er schließlich erklärt, daß Deutschland das Recht habe, bei Wiederholung eines Aktes wie der Besetzung von Frankfurt diesen als feindselige Handlung zu betrachten, so erinnere das nicht nur an die heftigsten Improvisationen Wilhelms II. und die Aussprüche vom trockenen Pulver, sondern bilde wiederum eine Außerachtlassung des Friedensvertrages, der den Alliierten in einwandfreier Weise das Recht gebe, die Durchführung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen durch Sicherung von Territorialpfändern zu erzwingen.

Aus solchen Gedankengängen heraus muß die Note, die an sich einen unerhörten Eingriff in die Souveränitätsrechte des Reiches darstellt, verstanden werden. Die Reden Simons' sind den Franzosen, wie fast jede Aktion des mit mißtrauischem Respekt beobachteten deutschen Außenministers, sehr unangenehm gewesen, besonders wegen der unleugbar großen und günstigen Wirkung, die sie im Rheinland getan haben, und es war der französischen Presse nur ein ziemlich geringer Trost, mit Befriedigung darauf hinweisen zu können, daß die im Rheinland viel bemerkten und unsagbar törichten Äußerungen Herrn von Falkenhayns (von der Reichsgetreidestelle), der, wenn sie (in der Kölnischen Volkszeitung vom 9. November) wirklich richtig wiedergegeben sind, sofort fliegen bzw. an eine Stelle versetzt werden müßte, wo er weniger Unheil anrichten kann, den Effekt der Ministerreden abgeschwächt und die Rheinländer aufs neue mit Mißtrauen gegen die Berliner Zentrale erfüllt hätten. Jedenfalls beweisen aber die Äußerungen Poincarés, daß man in Frankreich unentwegt an dem u. a. auch von Lardieu geteilten Standpunkt festhält, daß die Besatzungsfristen noch nicht laufen, und wenn auch eine Klärung dieser Streitfrage in der nächsten Zeit kaum zu erlangen sein wird (und wenn sie erfolgte, im Augenblick sicher gegen uns ausfallen würde), so ist es doch gut, daß der Reichsminister der deutschen Auffassung rechtzeitig und wieder einmal Ausdruck verliehen hat. Auf keinen Fall kann natürlich davon die Rede sein, daß Reisen und Reden deutscher Minister im besetzten Gebiet verboten werden, auch gegen die fortgesetzten Chikanen der Presse sollte nachdrücklich Einspruch erhoben werden.

Weniger intransigent scheint, möglicherweise infolge amerikanischer Einflüsse, der Standpunkt der französischen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage zu sein. Allerdings sind hier und da (bei Poincaré und im „Temps“) Versuche bemerkbar, die Entschädigungsansprüche der durch den Krieg geschädigten Privatleute möglichst hinaufzuschrauben (womit leider Hoffnungen erweckt werden, die sich kaum werden erfüllen lassen). Wenn aber derselbe „Temps“ nicht nur eine Summe von 10 Milliarden Pfund als unrealisierbar ansieht, und erwägt, ob man die Schäden nicht nach dem Wert der zerstörten Güter zur Zeit der Zerstörung berechnen und Deutschland eine Erholungsfrist zubilligen solle, so ist, sofern nicht die Gewährung einer solchen Frist als Vorwand einer weiteren Hinausschiebung der endgültigen Fixierung der Gesamtentschädigungssumme benutzt werden soll, immerhin eine Einstellung auf reale Möglichkeiten bemerkbar, wenn auch angesichts der durchaus hypothetischen Form des „Temps“-artikels und angesichts der an anderer Stelle vertretenen Forderung, Deutschland müsse unbedingt sofort den Fehlbetrag des neuen französischen Budgets von 1921 decken, zu optimistischer Auffassung keinerlei Anlaß besteht. Jedenfalls tragen aber Äußerungen, wie die Herrn von Oldenburgs, daß die Entente sich in der Entwaffnungsfrage als „ohnmächtig“ erwiesen habe, Äußerungen, die von der französischen Presse sofort registriert und zweckentsprechend verwandt werden, augenblicklich nicht gerade zur Erleichterung der Verhandlungen bei.

Weltpolitisch von weitaus größerer Bedeutung als die griechische und die deutsch-französische Frage ist die an England gerichtete Note der amerikanischen Regierung vom 25. November über die mesopotamischen Ölfelder, die zum erstenmal den schon lange latent vorhandenen Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten offen zutage treten läßt (vgl. Grenzboten 1920 Heft 14). Die sehr lange (in vollem Wortlaut in der „World“ vom 26. November veröffentlichte) Note erörtert in großer Ausführlichkeit den Mandatbegriff, und weist sehr nachdrücklich darauf hin, daß Amerika nicht daran denke, sich bei der Ausbeutung der von England durch das Abkommen von San Remo praktisch zu seinem eigenen Vorteil mit Beschlag belegten Ölfelder ausschalten zu lassen. England meine zwar, daß die Erörterung des Mandatbegriffs nur innerhalb des Völkerbundes statthaft sei, aber Amerika habe nicht den Krieg gewinnen helfen, um bei der Rußbarmachung fremder, infolge des Sieges einzelnen Staaten zur Verwaltung übergebenen Gebiete diesen Staaten eine den Weltfrieden gefährdende Sonderberechtigung zu schaffen. Auch müsse das Mißverständnis, daß Amerika reichlich mit Öl versorgt sei, aus der Welt geschafft werden, die Vereinigten Staaten verfügten leider nur über ein Zwölftel der Weltproduktion. Diese Note muß gerade in diesem Augenblick, da die Franzosen Clemenceaus Nachgeben in der Mossulfrage noch immer schmerzlich empfinden, da England in Persien die Ratifizierung der Verträge der Persien Oil Compagny durch das Parlament seit Monaten vergeblich zu erzwingen sucht, da die Vereinigten Staaten durch Duldung von de Valeras Propagandatätigkeit dem irlischen Aufstand mindestens indirekt Vorschub leisten, den Engländern sehr unangenehm sein, um so mehr, da die Vereinigten Staaten jetzt auch mit vollem Nachdruck dem anderen großen englischen Plan, sich mit Hilfe des Völkerbundes zur Vormacht eines geeinigten Europas zu machen, entgegenwirken. Denn die Äußerungen Sardings über eine amerikanische Konkurrenzgründung sind keineswegs nur ein sehr geschickter und notwendiger innerpolitischer Schachzug, verschiedene Anzeichen deuten klar darauf hin, daß man in den Vereinigten Staaten sehr ernsthaft daran denkt, den englischen Bund zu sprengen. Nicht nur verschanzen die Franzosen sich bei jeder Gelegenheit, wo sie ihre eigenen Ziele Völkerbundszwecken unterordnen oder auch nur anpassen sollen, hinter eine einstweilen noch ausstehende Stellungnahme Amerikas, nicht nur übernimmt in der armenischen Frage Wilson eine Rolle, die der Völkerbund, um seine Ohnmacht nicht allzu deutlich hervortreten zu lassen und mit den Einzelregierungen nicht in Konflikt zu geraten, ablehnen mußte, auch innerhalb des Völkerbundes selbst macht sich schon der Einfluß der Vereinigten Staaten geltend. Es darf nicht übersehen werden, daß der Vertreter Argentiniens, Puhredon, der in Genf für eine wirklich demokratische Entwicklung des Völkerbundes eintrat

und verhindern wollte, daß er ein Werkzeug zum ausschließlichen Gebrauch der Großmächte bliebe, schon vor einigen Monaten mit Oberst House verhandelt hat, und daß der amerikanische Gesandte in Buenos Aires nichts Eiligeres zu tun hatte, als die argentinische Regierung zur Stellungnahme ihres Genfer Vertreters zu beglückwünschen und der völligen Billigung von Seiten der Vereinigten Staaten zu versichern. Nordamerika wird jetzt sehr energische Anstalten machen, zunächst, übrigens durchaus im Sinne der Monroe'doktrin, zu der ja der Völkerbund, wie er von England konzipiert worden ist, im Widerspruch stehen soll, sämtliche Staaten des amerikanischen Kontinents zusammenzufassen, Englands Einfluß auf Südamerika, der während und infolge des Krieges sowieso abgenommen hat, zu schwächen, um dann, gestützt auf diese Autorität, alle diejenigen europäischen Staaten anzugliedern, die mit der englischen Konzeption unzufrieden sind. Daß diese Politik ganz zielbewußt in Angriff genommen wird, darauf weisen nicht nur Anzeichen, wie die Reise Colbys nach Südamerika, Äußerungen amerikanischer Senatoren über die künftige Stellung zu Deutschland, sondern vor allem auch die Verhandlungen mit Mexiko. Ganz deutlich haben nämlich die Vertreter Washingtons zu erkennen gegeben, daß sie ihre bisherigen Einmischungsmethoden aufzugeben gesonnen sind, wofern die mexikanische Regierung den Versuchen europäischer Mächte, in Mexiko ihren wirtschaftlichen Einfluß (namentlich auf die Petroleumausbeutung) zu festigen oder auszubreiten, einen Riegel vorschleiben wird. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß man Mexiko zunächst Selbständigkeit zuerkennen will, um es dann desto sicherer als ungeteiltes Ganzes überschneiden zu können, aber es scheint doch, daß Mexiko, vielleicht auch aus innerpolitischen Rücksichten auf amerikanische, ihm am nächsten liegende Hilfe angewiesen, in diesem Punkt optimistischer über seine künftige Selbständigkeit denkt als die Amerikaner. Ähnliches scheint sich in Mittelamerika zu vollziehen. Der beabsichtigte Zusammenschluß von San Salvador, Guatemala, Costarica, Honduras und Nicaragua ist zunächst sicher als ein südamerikanischer Riegel gegen den Norden gedacht, aber auch hier werden die Nordamerikaner hoffen dürfen, ein Ganzes sei letzten Endes leichter zu bewältigen als disparate Stücke. Beharrt Argentinien, dessen Auftreten in Genf von deutschen Blättern zum Teil recht ungeschickt kommentiert worden ist, auf seiner sezessionistischen Haltung, wird man über den amerikanischen Gegenbund bald neues hören.

Leider besteht für Deutschland keinerlei Anlaß, sich der hierdurch entstehenden Verlegenheiten Englands zu freuen. Auf Deutschland allein kann sich England gegen Amerika, zumal die deutsche Flotte auf dem Grunde von Scapa Flow liegt, nicht stützen, Rußland wird, auch wenn England Polen aufgibt, und trotz aller Handelsabkommen, bei deren Verhandlung die Russen neuerdings wieder, ebenso wie gegen Polen, sehr selbstbewußt auftreten, sein gefährlichster Feind bleiben. Bleibt als Rückhalt nur Frankreich, und es ist nicht unwichtig, daß Lord Derby unlängst mit viel Energie eine Lanze für ein förmliches (eventuell durch Belgien vermitteltes) englisch-französisches Bündnis gebrochen hat. Und wenn auch die alte englische Scheu, eine feste Bindung einzugehen, wahrscheinlich die Oberhand behalten wird, so wird England doch alles tun, um eine weitere französisch-amerikanische Annäherung zu verhindern, und wird diesem Bestreben auch ohne weiteres die Rücksicht auf eine kaufkräftige deutsche Kundschaft zum Opfer bringen. Die Stellungnahme Polen gegenüber ist in dieser Hinsicht lehrreich genug. England braucht den europäischen Frieden, und ein Wiederaufleben des russisch-polnischen Konfliktes wäre ihm höchst unangenehm. Aber da Frankreich die Polen für seine Politik gegen Deutschland braucht und nicht verstimmen will, läßt man es in England ruhig zu, wenn von Paris aus den Polen nahegelegt wird, sich für Mäßigung in Riga an Deutschland, in Danzig und Oberschlesien, schadlos zu halten, und dieser Gedanke war es auch, der der Abstimmungsnote zugrunde lag. Deutschland selbst sieht sich diesmal genötigt, auf dem Versailler Vertrag, dessen Milberung (man sollte in öffentlichen Erörterungen endlich aufhören, das die Franzosen stets mit neuem Schreck durchzuckende Wort Revision zu gebrauchen) es mit allen Kräften anstreben muß, zu bestehen. *Vae victis!*

Menenius